

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit**Bremen braucht eine Digitale Agenda für die öffentliche Verwaltung****I. Bericht**

Die Bürgerschaft (Landtag) überwies in ihrer Sitzung am 24. Januar 2018 den Antrag der Fraktion der CDU vom 16. Januar 2018 „Bremen braucht eine Digitale Agenda für die öffentliche Verwaltung“ (Drs. 19/1475) an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zur Beratung und Berichterstattung.

1. Inhalt des Antrags

Die Fraktion der CDU macht in ihrem Antrag deutlich, dass es sich bei der Digitalisierung um eine herausragende und tiefgreifende Zukunftsaufgabe handelt, deren Herausforderungen sich die öffentliche Verwaltung stellen müsse. In Bremen mangle es jedoch in diesem Bereich an strategischer Gestaltung und Führung sowie einheitlichen Standards. Trotz erfolgreicher Einzelprojekte seien viele Verwaltungsdienstleistungen immer noch nicht durchgängig digital verfügbar. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen erwarteten jedoch eine moderne Verwaltung, die es ihnen ermöglicht, Verwaltungsdienste zeit- und ortsunabhängig abzuwickeln.

Die Fraktion der CDU fordert daher den Senat auf, eine Digitale Agenda für die öffentliche Verwaltung vorzulegen, in der konkrete Zeitpläne, Maßnahmen und Finanzierungsmittel für den Ausbau von E-Government-Angeboten im Land Bremen zusammengefasst werden.

2. Beratung

Der Ausschuss hat den Antrag der CDU-Fraktion in seiner Sitzung am 6. Februar 2019 beraten und sich von einem Vertreter der Senatorin für Finanzen den aktuellen Stand der Digitalisierung in der Freien Hansestadt Bremen erläutern lassen.

Aus den Ausführungen ist deutlich geworden, dass die Verwaltung im Bereich der Digitalisierung schon weit voran geschritten ist und in den vergangenen Jahren viele Projekte auf den Weg gebracht worden sind. Beispielhaft ist hier das Projekt „ELFE“ zu nennen („Einfach Leistungen für Eltern“), dessen Ziel die Verbesserung und Digitalisierung der Verwaltungsprozesse rund um die Geburt eines Kindes ist.

Der Ausschuss ist daher mehrheitlich der Auffassung, dass sich ein Großteil der Forderungen aus dem Antrag der Fraktion der CDU erledigt hat, weil der Senat diese bereits umgesetzt hat oder sich diese aktuell in der Planung und Umsetzung befinden.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit der Bürgerschaft (Landtag) mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion

DIE LINKE und der FDP, gegen die Stimmen der Fraktion der CDU, den Antrag abzulehnen.

II. Antrag

Der Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich, wie folgt zu beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag der Fraktion der CDU vom 16. Januar 2018 „Bremen braucht eine Digitale Agenda für die öffentliche Verwaltung“, Drs. 19/1475, ab.

Susanne Grobien
(Vorsitzende)